

Medien im Krieg. Das Verhältnis von Medien und Politik im Zeitalter transnationaler Konfliktkommunikation

Michael Brüggemann / Hartmut Weßler

1. Einleitung

Osama bin Laden verschickt Videos an Fernsehsender und seine Anhänger pflegen zahllose Websites. Schon vor zehn Jahren erklärte eine neue US-amerikanische Militärdoctrin die Eroberung der Informationshoheit zur höchsten Priorität im Kriegsfall (Szukala 2005). Wer heutzutage Gewalt ausübt, sei es der Befehlshaber von Truppen oder das Oberhaupt einer Terrororganisation, bemüht sich um die öffentliche Legitimation seines Handelns. Er wirbt um Unterstützung in den eigenen Reihen und sendet auch Botschaften an das gegnerische Lager. Damit ist ein neues Schlachtfeld eröffnet: Die Medien sind zu einem Schauplatz des Krieges geworden, auf dem die Kombattanten um die Vorherrschaft über die öffentliche Meinung ringen.

Politische Akteure in Konflikten richten also ihr Handeln auch im Hinblick auf die Wirkung in den Massenmedien aus. Die Kommunikationswissenschaft hat dafür das Konzept der Medialisierung entwickelt: „Genuine“ Ereignisse jenseits medialer Aufmerksamkeit werden zu „medialisierten“ Ereignissen (Kepplinger 2000: 170). Gerade Konflikte und Kriege üben einen hohen Druck auf die beteiligten Akteure aus, sich öffentlich zu rechtfertigen. Sie sind zu medialisierten Ereignissen geworden (Esser et al. 2005: 314).

Der moderne medialisierte Krieg hat sich seit der Mitte des neunzehnten Jahrhunderts entwickelt. Im Krimkrieg (1853-56) und im amerikanischen Sezessionskrieg (1861-65) traten erstmals Kriegsberichterstatter als eigener Akteurstypus auf (Schrader 2002; Dominikowski 2004). Seit den Weltkriegen des 20. Jahrhunderts hat sich komplementär ein aufwendiger Apparat militärischer Propaganda entwickelt, der bestrebt ist, die Medien für seine Zwecke zu instrumentalisieren. Mit den beiden Golfkriegen 1991 und 2003 hat die Medialisierung der Kriege durch umfassende, global verfügbare Live-Berichterstattung und durch die „Einbettung“ der Berichterstatter in Militärverbände neue Dimensionen erreicht.

Die Medien sind dabei nicht nur eine neutrale Leinwand, auf die die Konfliktparteien ihre Bilder vom Krieg projizieren können. Die Medien sind selbst Akteure (vgl. die Beiträge in Pfetsch/Adam 2007): Sie wählen Informationen und Themen zur Veröffentlichung aus. Sie deuten und kommentieren. Dabei können sie ein mehr oder minder großes Maß an redaktioneller Autonomie wahren. Damit stellt sich die Frage nach dem Verhältnis von politischen Akteuren und Medien unter den besonderen Bedingungen gewaltsamer Konflikte. Welche Rolle spielen die Medien im Krieg? Sind sie bloß Mittel der offiziellen Kriegspropaganda oder verteidigen sie ihre Unabhängigkeit? Lassen sich die Konfliktparteien umgekehrt von den Medien beeinflussen? Kann Medienberichterstattung Kriege auslösen oder beenden?

Die politische Kommunikationsforschung hat eine Vielfalt an Studien und Befunden zu diesen Fragen hervorgebracht (vgl. die Überblicke in Eilders/Hagen 2005 und Löffelholz 2004). Die Widersprüchlichkeit der Befunde hat aber in eine Sackgasse geführt. Warum erscheinen die Medien einmal als mächtige Kontrollinstanz und im anderen Fall bloß als willige Sprachwerkzeuge der politischen Eliten? Der Blick muss auf die Kontextfaktoren von Konfliktkommunikation gerichtet werden: Welche Bedingungen beeinflussen die Konfiguration von Medien und Politik in einem spezifischen Konflikt? Die Systematisierung dieser Randbedingungen ist das zentrale Ziel dieses Beitrags.

Auch die Randbedingungen von Konfliktkommunikation wandeln sich aber. Konfliktkommunikation findet heute nicht mehr nur als nationale Debatte statt. Der nationale Kontext bleibt bestehen, aber die Poren sind geöffnet für transnationale Kommunikationsströme, die die Bedingungen von Konfliktkommunikation verändern. Global verfügbares Satellitenfernsehen und die digitale Vernetzung des Internets prägen heute auch die Konfiguration von politischen Akteuren und Medien in Kriegssituationen.

Für die Forschung heißt das, dass sie ihre Analyseperspektive erweitern muss. Bisher konzentrierte sie sich stark auf die nationale Öffentlichkeit im eigenen Land. Die internationale wissenschaftliche Debatte kreiste dabei primär um die US-amerikanischen Medien. Die daraus entwickelten Hypothesen und Ansätze lassen sich jedoch nicht ohne Weiteres auf *die* Medien und *den* Krieg im Allgemeinen übertragen. Dies wird von der Forschung kaum reflektiert. Die Debatte über *die* Medien, die in wichtigen internationalen Fachzeitschriften geführt wird, bezieht sich empirisch häufig gerade einmal auf die *Washington Post*, die *New York Times* und die wichtigsten amerikanischen Fernsehsender. Die deutsche Forschung nimmt analog dazu häufig vor allem deutsche Medien in den Blick. Durch den Vergleich mit den Ergebnissen der Studien aus den USA lässt sich so immerhin eine komparative Perspektive entwickeln, die aber darunter leidet, dass nicht nur verschiedene Länder, sondern oft auch verschiedene Fragestellungen mit unterschiedlichen Methoden bearbeitet werden. So besteht der erste Schritt darin, von einer nationalen Perspektive zu einer *international* vergleichenden Perspektive zu kommen. Im zweiten Schritt geht es dann darum, über das Modell geschlossener nationaler Systeme, die verglichen werden, hinauszugehen und auf die Vernetzung zwischen diesen Systemen zu schauen, um den Realitäten *transnational*er Kommunikation gerecht zu werden. Nicht nur Kriege überschreiten nationale Grenzen, sondern auch die öffentliche Kommunikation, die diese Konflikte begleitet.

Im Folgenden wird zunächst das Verhältnis von Medien und Politik modelliert (Abschnitt 2). Idealtypisch lassen sich drei Ansätze unterscheiden: Ansätze, die von einer Dominanz der Medien ausgehen, Ansätze, die eine Dominanz der Politik zugrunde legen und solche, die ein Verhältnis der Interdependenz annehmen. Analog lassen sich die Befunde zur Konfliktkommunikation strukturieren. Anfang der 90er Jahre kam die Hypothese vom *CNN-Effekt* auf (eine der ersten wissenschaftlichen Auseinandersetzungen damit findet sich in Livingston/Eachus 1995). Die Hypothese weist den Medien eine mächtige Rolle zu: Durch die Ausstrahlung emotionsgeladener Bilder von Krisenherden setzen die Medien die Politik unter Handlungsdruck. Demgegenüber betont die *Indexing-Hypothese* (Bennett 1990) eine große Abhängigkeit der Medien vom Meinungsspektrum der politischen Eliten. Die Auseinandersetzung mit *Modellen der Inter-*

dependenz zwischen Medien und Politik mündet schließlich in ein übergreifendes Modell, das die Faktoren zusammenfasst, die das Verhältnis von Medien, Politik und Publikum in Konflikten bestimmen. Dabei lassen sich situative, politische, Medien- und kulturelle Faktoren unterscheiden. Abschließend wird diskutiert, inwiefern wir uns auf dem Weg zu einer gänzlich neuen Konstellation einer transnationalisierten Konfliktkommunikation befinden (Abschnitt 3).

2. Drei Modelle des Verhältnisses von Medien und Politik

Das Verhältnis von Medien und Politik in Konflikten ist ein Sonderfall des Verhältnisses von Medien und Politik im Allgemeinen. Und dieses Verhältnis lässt sich idealtypisch auf dreierlei Weise modellieren: Das *Modell medialer Allmacht* postuliert, dass wir nicht nur in einer Mediengesellschaft (Saxer 1998; Imhof et al. 2004), sondern in einer Mediokratie (Meyer 2001) leben: Die Politik entfalte sich entlang der Logik der Medien. Das Gegenmodell nimmt im Extremfall die *Ohnmacht der Medien* an. Entscheidungs- und Darstellungspolitik laufen auseinander (Sarcinelli 2003: 46). Sichtbar werden die Regierenden nur mit symbolischer Politik (Edelman 1964), die Medien und öffentliche Meinung manipuliert. „Manufacturing consent“ (Chomsky/Herman 1988) im Auftrag der Eliten erscheint dann als die zentrale Funktion der Medien. Modelle *politisch-medialer Interdependenz* nehmen dagegen eine wechselseitige Abhängigkeit oder Symbiose von Politik und Medien an (Jarren 1988: 628 f.; Saxer 1998: 64). Mediale Realitätskonstruktion entfaltet sich demnach als Ergebnis eines Interaktionsprozesses zwischen Politik und Medien, bei dem keine Seite die andere völlig kontrollieren kann (einen Überblick bieten Kamps 2007 und Schulz 2008). In diesem Sinne bezeichnen Bennett und Livingston Journalisten als „semi-independent players“: „[...] press-government relations are characterized by potentially extreme variations from independence to dependence“ (Bennett/Livingston 2003: 360).

Damit ist die Frage nach den Bedingungen aufgeworfen, die solche Variationen erklären können. Die in Rechnung zu stellenden Interaktionen und Rückkopplungen sind hochgradig komplex. Denn Journalisten und Politiker interagieren immer im Hinblick auf eine dritte Größe: das Bürger-Publikum. Mit diesem Adressaten im Kopf beeinflussen politische Akteure öffentliche Debatten durch Herausgabe und Verweigerung von Informationen. Sie versuchen, die Themensetzung der Medien zu beeinflussen (Agenda-Building), Interpretationsmuster vorzugeben (Framing) und ihre Meinungen in den Medien zu platzieren. Analog üben die Medien Einfluss in dem Maße aus, wie sie unabhängig Informationen auswählen, Agenda-Setting und Framing betreiben und Politik kommentieren. Der Einfluss des Publikums äußert sich durch selektive Mediennutzung und eine potenziell eigensinnige Interpretation der Medieninformation. Es handelt sich also um ein dreifach rückgekoppeltes System, das weder von der Politik, noch von Medienakteuren nach Belieben gesteuert werden kann (siehe *Abbildung 3* weiter unten).

Offensichtlich wird dieses Interdependenz-Modell der Beschreibung sozialer Realitäten eher gerecht als pauschale Allmachts- oder Ohnmachtsmodelle. Allerdings muss man das Modell für den Fall internationaler Konfliktkommunikation noch weiter spe-

zifizieren. Zunächst aber zu einem Ansatz, der von einem starken Medien-Einfluss ausgeht.

2.1 Der CNN-Effekt – ein Mythos

Einen großen Einfluss der Medien auf den Beginn und das Ende von militärischen Interventionen nimmt die Hypothese an, die unter dem Label „CNN-Effekt“ diskutiert wird. Die Grundidee der CNN-Effekt-Hypothese besteht darin, dass die Kameras von CNN den Blick auf einen Krisenherd oder eine humanitäre Katastrophe richten. Dies setzt die Politik unter Handlungsdruck (die prominenteste Einzelstudie ist die von Robinson 2002). In der stärksten Formulierung des CNN-Effekts erzwingt dieser eine militärische Intervention (Neuman 1996). Umgekehrt könnten Bilder von Soldatensärgen die Politiker später auch dazu zwingen, die militärische Intervention wieder abzubrechen: „bodybag effect“ (Freedman 2000: 339).

Damit wird offenbar, dass verschiedene Phänomene mit dem Label „CNN-Effekt“ belegt werden, deren gemeinsamer Nenner einzig die Wirkungsrichtung ist: Die Medienberichterstattung ist die unabhängige Variable und Politik wird zur abhängigen Variablen. Livingston (1997: 293) unterscheidet dabei drei Typen von CNN-Effekten: Medien können politische Entscheidungen a) beschleunigen, b) verhindern oder c) Themen auf die politische Agenda bringen. Robinson (2001: 942) differenziert zwischen schwachen Effekten, die politische Entwicklungen befördern oder behindern, und dem starken Effekt, der politisches Handeln erzwingt. Nach über zehn Jahren intensiver Forschung zum CNN-Effekt kommt Gilboa in einer Zusammenfassung der Ergebnisse verschiedenster empirischer Studien jedoch zu dem Schluss, dass die Beweislage nach wie vor dünn ist. Die Forschung erbrachte „mixed, contradictory and confusing results“ (Gilboa 2005: 34).

Diese Widersprüchlichkeit der Befunde sei an einigen Konflikten veranschaulicht, die als Beispiele für CNN-Effekte herangezogen wurden. Das klassische Beispiel für den CNN-Effekt war die US-Intervention in Somalia (Cohen 1994, vgl. auch Shattuck 1996): „By focussing daily on the starving children of Somalia, a pictorial story tailor-made for television, TV mobilized the conscience of the nation’s public institutions, compelling the [U.S.] government into a policy of intervention for humanitarian reasons“ (Cohen 1994: 9 f.). Diese Darstellung erweist sich bei genauerer Analyse allerdings als Mythos: „The case of the U.S. intervention in Somalia, in sum, is not at heart evidence of the power of television to move governments; it is evidence of the power of governments to move television“ (Mermin 1999: 137). Der wahre Grund für die Intervention in Somalia seien strategische und ökonomische Interessen der USA gewesen (Gibbs 2000). Das schließt nicht aus, dass die Medien eine wichtige Rolle im Policy-Prozess gespielt haben: „[...] although media content was an important factor in eventually expanding the U.S. role in Somalia, media content came in response to official initiatives, and not the other way around“ (Livingston/Eachus 1995: 427).

Nach dem Abschuss von zwei ihrer Hubschrauber zogen sich die US-Truppen aus Somalia zurück. Nur wenige Tage nach diesem Rückzug begann der Völkermord in Ruanda unter den Augen der Weltöffentlichkeit. Hier ergibt sich der Fall, dass es intensive Berichterstattung gab, aber keine Intervention (Livingston/Eachus 1999). Eben-

so unterließen die USA 1991 in Bosnien eine Intervention trotz einer Medienberichterstattung, die die dort stattfindenden Gewalttaten sichtbar machte. Eine vergleichende Betrachtung verschiedener Interventionen im Verlauf der 1990er Jahre zeigt, dass sich ein Medieneinfluss auf politische Entscheidungen in den westlichen Machtzentren eher im Hinblick auf die weniger riskanten Luftbombardements als auf den Einsatz von Bodentruppen nachweisen lässt (Robinson 2000).

Ob der CNN-Effekt eintritt oder nicht, ist also von Randbedingungen abhängig. Eine davon ist möglicherweise die politische Kultur der USA. Es ist also nicht klar, ob sich CNN-Effekte auch in anderen Ländern nachweisen lassen. Aber auch für die USA gibt es die oben referierten widersprüchlichen Befunde. Daher prüfen wir im weiteren die entgegen gesetzte Vermutung, dass sich die Medien in der internationalen Konfliktkommunikation zum Sprachrohr der politischen Interessen machen und keine eigenständige Rolle ausüben.

2.2 Indexing: Die vermeintliche Ohnmacht der Medien

Im Gegensatz zur Behauptung eines CNN-Effekts tendiert eine starke Strömung in der politischen Kommunikationsforschung in den USA dazu, gerade beim Thema Krieg das Primat der Politik gegenüber den Medien zu betonen. Die Medien werden dabei als Instrumente der Manipulation der Öffentlichkeit durch die politische Elite gesehen und nicht als unabhängige Akteure (z. B. Livingston/Eachus 1995). Der meist diskutierte Ansatz in diesem Zusammenhang ist die sogenannte Indexing-Hypothese, die Lance Bennett (1990) aufgestellt hat. Demnach ist das Meinungsspektrum in der Berichterstattung und der Kommentierung der Medien lediglich ein Index für die Meinungen der politischen Elite. Zu dieser Elite werden die Regierung und der Mainstream im Parlament gezählt. Die Äußerungen der Elite determinieren die Bandbreite legitimer Meinungsäußerung, die von den Medien zitiert oder selbst in Kommentaren vertreten werden. Hier knüpft der Indexing-Ansatz an die Theorie von Hallin (1986) an, die in Medien-Debatten drei „Sphären“ identifiziert: eine Sphäre des Konsenses, die die Meinungen betrifft, die allgemein geteilt werden, eine Sphäre legitimer Auseinandersetzung und schließlich eine Sphäre der tabuisierten Abweichung („spheres of consensus, legitimate controversy, deviance“). In dem von den Medien geführten Index der Elitendebatten fehlen die Außenseiter der Politik, deren Positionen aus dem Bereich der legitimen Diskussion herausfallen. Kritik an der Regierung oder an einer von ihr geführten militärischen Intervention im Ausland, kann nur in dem Maße laut werden, wie sie von Teilen der politischen Elite ausgeht (vgl. auch Bennett in diesem Band). Wenn die Opposition im Parlament kritisch Stellung nimmt, dann ist auch den Medien ein „indexed liberalism“ (Bennett 1990: 110) gewährt: Nur dann können sie mit dem Pathos des kritischen Journalismus die Regierungspolitik rügen (vgl. auch Entman 2004).

Die Indexing-Hypothese in ihrer ursprünglichen Version behauptet also nicht, dass die Regierung allein den Mediendiskurs monopolisiert. Die allgemeine Version der Indexing-Hypothese geht von einer Herrschaft der politischen Eliten insgesamt über den medialen Diskurs aus. Abweichend davon gibt es gerade bei der Analyse von Kriegsberichterstattung den Befund, dass in den USA häufig tatsächlich die Regierung die Me-

dien manipuliert und das Spektrum legitimer Meinungsäußerung vorgibt. Dies entspricht einer „executive version“ der Indexing-Hypothese (Robinson 2001: 525).

Bennett vermutet, dass sich die Indexing-Hypothese beim Thema Militär und Außenpolitik besonders gut belegen lässt. Diese Vermutung haben zahlreiche empirische Studien zumindest für die USA bestätigt. Die Mediendebatte über den Vietnam-Krieg erscheint rückblickend als Beleg für das Indexing-Phänomen. So weist Hallin (1986) in seiner Studie „The Uncensored War“ nach, dass die Medien keineswegs durch negative Berichterstattung die Kriegsmoral untergraben hätten, wie zum Teil unterstellt wurde. Erst nachdem Teile der politischen Klasse in Washington auf die Seite der Kriegsgegner gewechselt waren, haben auch die Medien Kritik am Vietnam-Einsatz verbreitet und geäußert. Zu ähnlichen Ergebnissen kommt Mermin (1999) für Debatten amerikanischer Medien über verschiedene Konflikte in der Zeit nach dem Vietnamkrieg.

Die noch weitergehende Behauptung, dass die militärisch intervenierenden Regierungen die öffentliche Debatte kontrollieren („executive version“), bestätigen ebenfalls eine Reihe von Studien, die sich auch mit den Konflikten der 1990er Jahre und den Interventionen seit der Jahrtausendwende beschäftigen. So wird die US-geführte Intervention in Kuwait und Irak 1991 von verschiedenen Autoren als Beispiel für eine gelungene Kontrolle der Informationshoheit durch die amerikanische Regierung und das US-Militär angeführt. Bennett/Manheim (1993) haben die in den Medien dargebotene Information zum Golfkrieg von 1991 untersucht und kommen zu dem Schluss: „the public did not have reasonable access to a sufficiently broad range of information and opinion to make independent judgments about the wisdom of administration policy“ (Bennett/Manheim 1993: 331). Tatsachen, die Anlass für eine regierungskritische Meinungsbildung geboten hätten, würden „for the record“ erwähnt, aber dann nicht weiter thematisiert (Bennett/Manheim 1993: 333).

Schließlich hat sich die US-Regierung auch mit dem Framing ihres „war on terror“ und ihrer Interventionen im Irak und in Afghanistan zumindest in der amerikanischen Öffentlichkeit weitgehend durchgesetzt. Entman (2003) hat untersucht, ob es nach den Anschlägen vom 11. September 2001 in den US-Medien ein effektives „Counter-Framing“ gab, also eine Deutung, die die Ereignisse anders problematisiert als die US-Regierung. Die Regierung hatte sich sehr schnell auf den Irak und Afghanistan als potenzielle Kriegsziele kapriziert. Ein alternatives Framing, das Saudi-Arabien als Förderer des Terrorismus in den Mittelpunkt gestellt hätte, haben zwei prominente Journalisten (Seymour Hersh, Thomas Friedman) in die Debatte eingebracht. Diese Deutung fand aber keinen Wiederhall im politischen Establishment. So wie es die Indexing-Hypothese nahelegt, kam es daher zu keiner breiteren Problematisierung des Kriegsziels Irak.

Am Skandal um die Folterpraktiken im US-Militärgefängnis Abu Ghraib schließlich zeigen Bennett, Lawrence und Livingston (2006) auf, wie die Bush-Regierung wiederum das Framing bestimmte: Die US-Medien haben bereitwillig die Deutung der Regierung aufgenommen, dass es sich um „abuses“, also bedauerliches Fehlverhalten einzelner Soldaten, nicht aber um eine „administration policy of torture“ gehandelt habe.

Die Frage, ob Indexing eine auf den Fall der USA begrenzte Beobachtung ist, ist noch nicht hinreichend untersucht. Für den Kosovo-Einsatz der NATO 1999 gilt auch für europäische Medien: „[...] major western news organizations found themselves

caught up in the propaganda surrounding the conflict [...]. The media replicated, often uncritically, the line of western political leaders“ (Taylor 2000: 293 in einem Sonderheft des „European Journal of Communication“ zum Kosovo-Einsatz). In einigen europäischen Ländern war die öffentliche Meinung und die Berichterstattung der Medien dagegen sehr kritisch gegenüber der amerikanischen Intervention im Irak 2003 (Wessler et al. 2008). Dies widerlegt aber die Indexing-Hypothese keineswegs, – im Gegenteil: Die von verschiedenen Studien belegte Kritik der deutschen Medien an den USA ist nicht unbedingt ein Zeichen ihrer Unabhängigkeit, sondern reflektiert ebenso die damalige Haltung der deutschen Regierung (Maurer et al. 2007). So weist Pohr (2005) für die Kommentare der deutschen Presse eine hohe Übereinstimmung mit der Mehrheitsmeinung im Bundestag nach. Es gibt also auch in Europa Belege für den fatalen Einklang von Medien und Politik im Fall von Krisen und Kriegen.

2.3 Ursachen des Versagens der Medien im Krieg

Die offenbar grenzüberschreitende Schwäche der Medien in Kriegssituationen hat mindestens drei Ursachen:

(1) Der *Zugang zu Informationen* ist schwieriger als bei anderen Gegenständen der Berichterstattung. Journalisten können nicht immer auf den eigentlichen Kriegsschauplatz vordringen. Sie sind stark auf die offiziellen Informationsquellen der Kriegsparteien angewiesen. Gleichwohl müssen sie der großen Nachfrage nach Nachrichten über den Krieg gerecht werden: Die Einschaltquoten von CNN und Fox News in den USA sind während der ersten Tage der Irak-Invasion von 2003 um über 300 Prozent angestiegen (laut *Guardian*, zitiert nach Allan/Zelizer 2004: 7). Wenn man das Verhältnis zwischen Medien und Politik als Markt modelliert, dann ist Krieg eine Situation, in der die Medien rund um die Uhr eine enorme Nachfrage nach Informationen befriedigen müssen. Diese permanente Nachfrage nach Nachrichtenmaterial könnte man als den eigentlichen „CNN-Effekt“ auffassen. Und dieser Effekt begünstigt in Kriegszeiten eher die Regierenden, denn sie können das Angebot an Informationen verknappen, jedenfalls wenn der Krieg in einer weit entfernten Wüste stattfindet.

(2) Auf Grund der *Propaganda aller Konfliktparteien* ist der Zugang zu ausgewogener Information im Krieg ein noch größeres Problem, als er ohnehin schon ist. Alle Kriegsparteien sind in professionelle „information warfare“- und „perception management“-Aktivitäten verwickelt. Die Informationspolitik der US-Regierung in Konflikten ruht dabei auf drei Pfeilern, die in drei Richtungen Informationen ausstreuen. „Information operations“ sollen den Kriegsgegner manipulieren. „Public Diplomacy“ bessert das Image im übrigen Ausland auf. „Political News Management“ zielt auf die Beeinflussung der heimischen US-Medien (Brown 2003). Kurzzeitig hatte das Pentagon 2001 sogar ein „Office of Strategic Influence“ errichtet, dessen explizit propagandistischer Ansatz aber bald in die Kritik geriet, so dass das Büro 2003 durch das vorsichtiger benannte „Office of Global Communications“ im Weißen Haus ersetzt wurde. Amtliche Regierungs-PR, die in Friedenszeiten den Maßstäben demokratischer Kommunikation genügen mag, schlägt unter dem extremen Rechtfertigungsdruck, den ein Militäreinsatz generiert, leicht in Propaganda um. Dass Regierungen im Kriegsfall mit Propaganda

besser durchkommen können als in Friedenszeiten, mag am allgemeinen „fog of war“ liegen, der unübersichtlichen Konfliktsituation, in der Journalisten kaum in der Lage sind, Fakten von Lügen zu unterscheiden. Dass der Versuch, dies zu tun, in Kriegszeiten besonders zaghafte ist, mag allerdings auch mit einem dritten Grund zusammenhängen.

(3) Wenn die eigene Nation im Krieg ist, wenn sie angegriffen wird oder eigene Soldaten entsendet, ergeben sich „*rally-around-the-flag*“-Effekte (Mueller 1973). Die öffentliche Meinung tendiert dazu, die Regierungsposition zu stützen und Kritik als unpatriotisch zu tabuisieren. Dies ist vermutlich die zentrale Erklärung für die Schwäche der amerikanischen Medien seit dem 11. September. Auch Journalisten wollen nicht als unpatriotisch dastehen. Dass die Medien aber in so großem Umfang diesem Reflex nachgeben, hat auch ökonomische Gründe. In der Anfangszeit der Irak-Intervention 2003 hat sich zwischen den amerikanischen Nachrichtensendern ein Wettbewerb darum entwickelt, wer die patriotischste Berichterstattung liefert. Dies wurde auch als „*Fox-Effekt*“ bezeichnet (Allan/Zelizer 2004: 7). Denn Fox News war der Sender, der Patriotismus zu seiner *unique selling proposition* gemacht hat. Die US-Flagge schmückte stets die Nachrichtensendungen des Senders. Die US-Truppen wurden kontinuierlich als „unsere Helden“ und als „Befreier“ des Irak bezeichnet (Allan/Zelizer 2004: 9; vgl. Aday et al. 2005). Dies entsprach der damals dominanten Stimmung in der Bevölkerung: Die Einschaltquoten von Fox News in den USA überflügelten die der neutraleren Berichterstattung von CNN.

Die Rally-Effekte sind wiederum vor allem für die USA empirisch belegt. Und sie sind vermutlich abhängig von der politischen Kultur eines Landes. Die Frage ist zum Beispiel, ob Kritik an Militäreinsätzen unbedingt als Tabu und als unpatriotisch eingestuft wird, wie das in den USA der Fall zu sein scheint. Bleibt das Publikum offen für Kritik, kann auch kritischer Journalismus Quote machen, wie Löffelholz (2004: 27) am Beispiel des privaten spanischen Senders Telecinco belegt. Trotz der Beteiligung Spaniens am Irakkrieg 2003 und im Gegensatz zur regierungstreuen Berichterstattung des öffentlich-rechtlichen Senders TVE erzielte Telecinco mit einer kritischen Berichterstattung hohe Einschaltquoten. Ein an klassischen professionellen Regeln orientierter Journalismus könne ein einträgliches Geschäft sein, solange sich die redaktionelle Linie an den politischen Interessen der Publikumsmajorität orientiere (Löffelholz 2004: 27): „Andererseits wirken ökonomische Profitinteressen von Medienunternehmen dann kriegstreibend, wenn [...] ein propagandistischer Journalismus von einem relevanten Teil des Publikums gratifiziert wird.“

Deutlich wird also: Politik und Medien sind im Falle militärischer Konflikte keine gleichgewichtigen Kontrahenten (siehe dazu ausführlich Wolfsfeld 1997). Die Schwäche der Medien im Krieg ist plausibel begründbar. Dennoch ist der Automatismus der Indexing-Hypothese und die pauschale Sicht auf Medien als passive Instrumente der Politik eine unzulässige Vereinfachung (siehe auch Althaus 2003 und Robinson 2001). Medien sind nicht nur der Index zu einem Buch, das ausschließlich von der Debatte der Eliten handelt. Aufbauend auf der Indexing-Hypothese haben sich aber einige Ansätze entwickelt, die sich zu einem differenzierteren Modell der Interdependenz von Medien und Politik verdichten lassen.

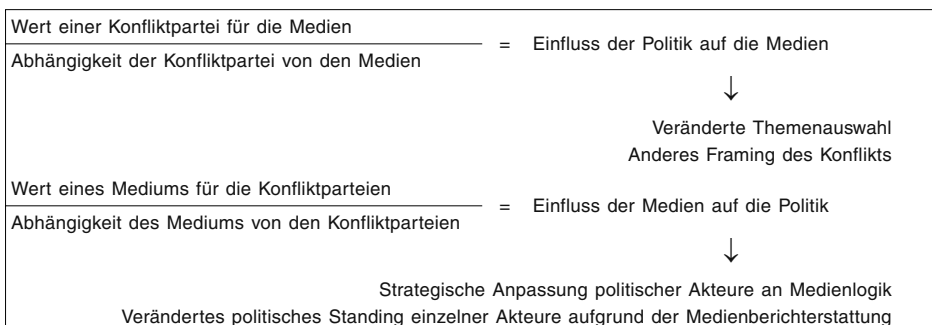
2.4 Modelle der Interdependenz von Politik und Medien in der internationalen Konfliktkommunikation

Wolfsfeld (1997) hat das Verhältnis von Medien und politischen Akteuren am Beispiel von drei Konflikten im Nahen Osten rekonstruiert und dabei die bislang am besten ausgearbeitete Theorie (internationaler) Konfliktkommunikation geliefert: sein „political contest model“. Bei allen drei von ihm untersuchten Konflikten handelte es sich um eine Auseinandersetzung zwischen *ungleichen* Gegnern. Eine politische Elite stand in den untersuchten Konflikten jeweils einem Herausforderer gegenüber und konkurrierte darum, die Aufmerksamkeit der Medien zu erregen und das eigene Framing des Konflikts gegenüber anderen Deutungsmustern durchzusetzen. Das „political-contest-model“ beschreibt eben diesen politischen Wettbewerb um Aufmerksamkeit und Framing-Hoheit.

Im ersten untersuchten Fall, der Debatte in Israel über den Friedensvertrag von Oslo 1993 haben sich die Medien als „semi-honest brokers“ erwiesen. Die Presse habe das Machtgefälle zwischen Regierung und militanten Siedlern in Israel eher gespiegelt als verändert. Nur „halb-ehrlich“ waren die Medien, weil sie am Ende doch die politischen Eliten privilegierten. Im zweiten Fall, der Intifada von 1987, waren die israelischen Medien nach Wolfsfelds Analyse „advocates of the underdog“: Die PLO wurde zur etablierten Nachrichtenquelle aufgewertet. Das Machtgefälle wurde durch die Medienaufmerksamkeit zugunsten der schwächeren Konfliktpartei abgemildert. Im Golfkrieg 1991 schließlich waren die Medien „faithful servants“ der amerikanischen Militärführung (für eine genaue Darstellung der Fallstudien siehe Wolfsfeld 1997).

Die Medienrolle bewegt sich damit auf einem Kontinuum zwischen passivem Instrument der Machtelite einerseits und einem Förderer oppositioneller Akteure und Positionen andererseits. Wolfsfeld hat für die relative Macht von Medien und politischen Akteuren im Konflikt eine einfache Formel gefunden (*Abbildung 1*). Der Einfluss der Medien besteht demnach darin, die politischen Akteure in ihren Kommunikationsaktivitäten zur Anpassung an die Medienlogik zu zwingen. Außerdem können die Medien zur Verbesserung oder Verschlechterung des öffentlichen Standings eines politischen Akteurs beitragen und ihn damit im politischen Machtkampf auf- oder abwerten. Politische Akteure sind von Medien in besonderem Maße abhängig, wenn sie auf öffentliche Zustimmung angewiesen sind und sich den Zugang zur politischen Bühne erst

Abbildung 1: Das „Political-Contest-Modell“ (nach Wolfsfeld 1997)



noch erkämpfen müssen (Wolfsfeld 1997: 13-77). Die umgekehrte Abhängigkeit der Medien von der Politik ergibt sich aus dem Bedürfnis nach Informationen. Medien und Politik befinden sich also in einem Verhältnis wechselseitiger Abhängigkeit.

Der Wert von Medien für politische Akteure ergibt sich aus der Größe und dem Status des jeweils erreichten Publikums. Der Wert von politischen Akteuren für die Medienberichterstattung wird primär durch ihre politische Macht bestimmt. Parteien mit geringem politischen Status können aber durch Normverstoß und auffälliges Verhalten (im Extremfall: durch Terrorakte) ihr Machtdefizit kompensieren und die Aufmerksamkeit der Medien gewinnen. Eine Stärke dieses Modells ist es, dass es in der Lage ist, den Einfluss verschiedener Medien auf verschiedene politische Akteure zu differenzieren.

Eine andere Form der Differenzierung nimmt Robinson (2001) in seinem „Policy-Media-Interaction“-Modell vor. Am Beispiel der Berichterstattung und der Debatten zum Vietnamkrieg in den USA zeigt er, dass die Fähigkeit der Medien zu unabhängiger Berichterstattung über einen Konflikt und ihr Einfluss auf die Regierungspolitik variieren kann, abhängig vom Meinungsspektrum der Eliten. Es handelt sich also um eine Weiterentwicklung der Indexing-Hypothese. Wenn sich die Eliten einig seien, dann würden die Medien zu Schoßhunden der Regierungs-PR. Seien sich die politischen Eliten dagegen uneinig, was in einem Konfliktfall zu tun ist, dann spiegeln die Medien das Meinungsspektrum. Wenn sich aber die politische Elite uneinig ist und die Regierung keine klare Linie vorgeben kann, dann ist die Stunde der mächtigen Medien gekommen. Wenn sie in einer solchen Konstellation die Regierung durch kritische Berichterstattung unter Druck setzen, dann kann es sein, dass die Regierung in Sinne der dominanten Medienmeinung reagieren wird (*Abbildung 2*).

Abbildung 2: „Policy-Media Interaction“-Modell nach Robinson (2001)

Konstellation im politischen System	Rolle von Medien in Krieg
Elitenkonsens	→ Medien als passive Übermittler von Regierungs-PR
Elitendissens	→ Medien spiegeln Meinungsspektrum
Elitendissens + keine klare Policy + kritische Medien	→ Medieneinfluss auf Regierungspolitik

Der Einfluss der Medien variiert also von Konflikt zu Konflikt und von Land zu Land. Die Kernfrage zielt auf die Faktoren, die dazu führen, dass sich in einem Fall CNN-Effekte, in einem anderen Fall Indexing und in einem dritten keins von beiden beobachten lässt. Wie sieht die Situation aus, in der Medien ein gewisses Maß an Freiheit entwickeln können und nicht zum Schoßhund der Mächtigen werden? Unter welchen Bedingungen können sie ihre Funktion der Themenauswahl und eines eigenständigen Framings von Konflikten wahrnehmen und sich von den vorgegebenen Deutungen der politischen Führung emanzipieren?

2.5 Einflussfaktoren im Überblick

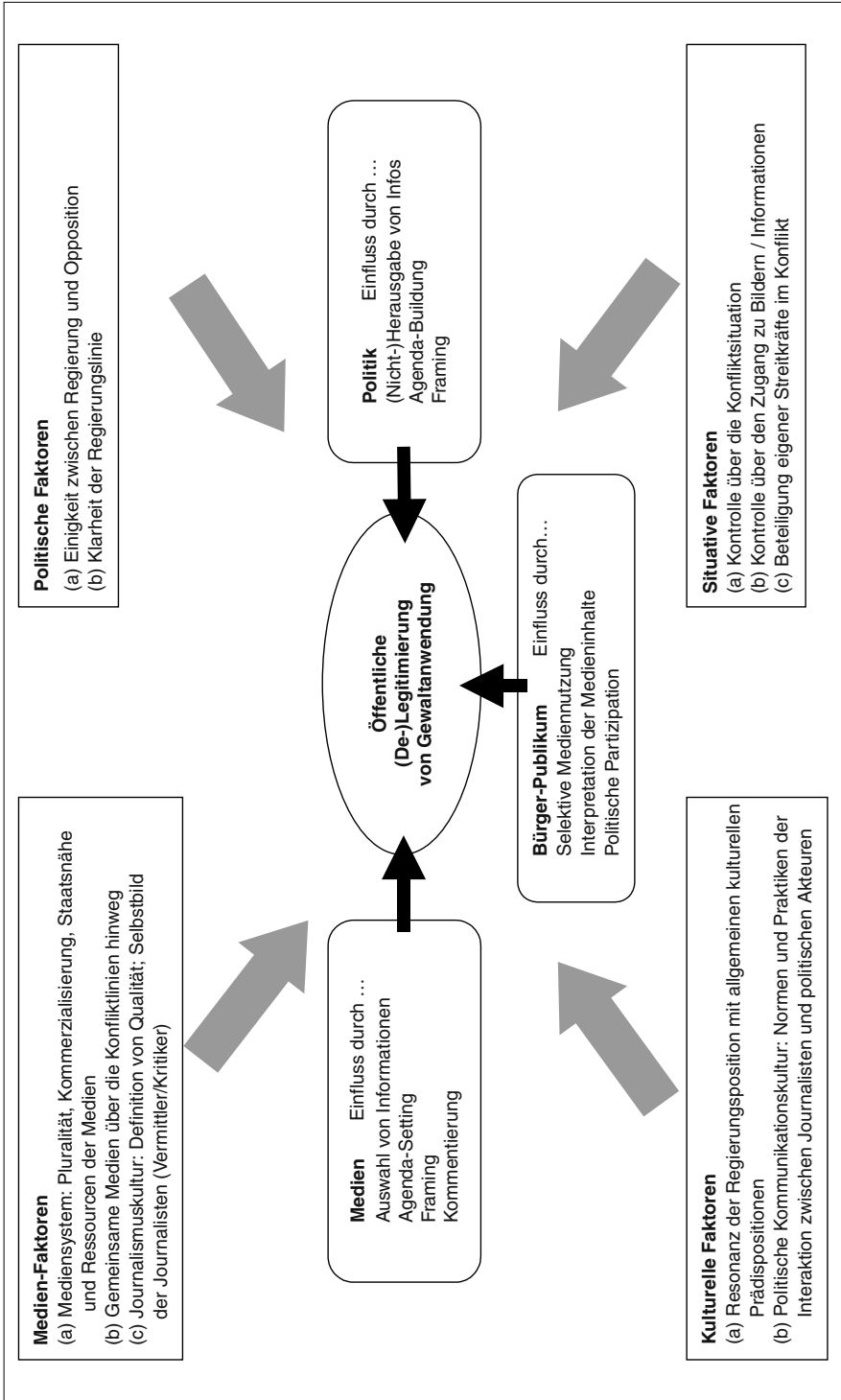
Aufbauend auf den bisher diskutierten Ansätzen und Forschungsergebnissen lassen sich vier Bündel von Faktoren identifizieren, deren Zusammenspiel die Konfiguration von politischen Akteuren, Journalisten und Bürger-Publikum in einer gegebenen Konfliktsituation beeinflusst. Wir unterscheiden situative, politische, Medien- und kulturelle Faktoren (*Abbildung 3*). Erst ein solch übergreifendes Einflussmodell wird es zukünftiger Forschung ermöglichen, international vergleichend die jeweils für eine spezifische politische Kultur prägenden Einflussfaktoren zu identifizieren und damit die US-Zentriertheit der bisherigen Forschung zu überwinden. Nur ein Bewusstsein von der Varianz im gesamten Spektrum der Einflussvariablen erlaubt es, in vergleichenden Designs einige dieser Faktoren so konstant zu halten, dass die Determinanten der (Un-) Abhängigkeit der Medien in Kriegssituationen deutlich werden.

Situative Faktoren. In generalisierenden Aussagen über die mediale Konfliktkommunikation wird häufig übersehen, dass Merkmale der spezifischen Konfliktsituation einen Einfluss auf die Freiheitsgrade der politischen und Medien-Akteure haben. Unterschiedliche Konflikte führen zu einer je spezifischen Gemengelage der sie begleitenden politischen Kommunikation.

(a) Ein erstes Kriterium ist die Frage, ob eine Seite das Konfliktgeschehen kontrollieren kann. „When the situation is under control, so is the story“ stellt Wolfsfeld (1997: 25) lapidar fest. Wenn die *Situation außer Kontrolle* gerät, dann lassen sich auch die Medien nicht so leicht von der Regierungspropaganda einfangen. Dies kann Wolfsfeld am Kontrast zwischen der Intifada von 1989 und dem Irakkrieg von 1991 belegen. Während im ersten Fall der israelischen Regierung die Kontrolle über die Ereignisse klar entglitten ist (einschließlich der Medienberichterstattung), war der Golfkrieg ein einseitig von den USA kontrollierter Konflikt. Auch die Medienberichterstattung orientierte sich an den Vorgaben der PR des Pentagons (Wolfsfeld 1997: 169-197).

(b) Neben der Kontrolle über die Entwicklung des Konfliktes selbst ist die *Kontrolle über den Zugang der Journalisten zu Bildern und Informationen* entscheidend. Ein offener Zugang ist eine Voraussetzung dafür, dass es zu CNN-Effekten überhaupt kommen kann. Dass Bilder der gewaltsamen Niederschlagung von Studentenprotesten 1989 am Tiananmenplatz von CNN um die Welt geschickt werden konnten, ist beispielsweise dem Umstand geschuldet, dass der damalige Präsident der Sowjetunion Michail Gorbatschow kurz zuvor auf Staatsbesuch in China war. Dafür hatte CNN eine Drehgenehmigung bekommen. Nur weil die Ausrüstung vor Ort war, konnte der Protest der Studierenden einer Weltöffentlichkeit bekannt gemacht werden (McPhail 2006: 145-159). Als Beispiele von Kontrolle über den Zugang zu Informationen bzw. Kontrollverlust lassen sich wiederum der Golfkrieg und die Intifada gegenüberstellen. Im Golfkrieg von 1991 regulierte das US-Militär den Zugang zu Informationen über ein „Pool-System“, das Journalisten in Gruppen zu ausgewählten Orten führte und die Berichterstattung an strenge Vorkontrollen band. Einen unmittelbaren Zugang zum Kriegsgeschehen gab es nicht. Nur CNN hatte weiterhin seinen Korrespondenten in Bagdad, dessen Bilder dann auch die öffentliche Wahrnehmung des Golfkriegs prägten. Jenseits davon hat die PR des Pentagons den medialen Informationsfluss an die ameri-

Abbildung 3: Einflüsse auf die öffentliche (De-)Legitimation von Gewaltanwendung



kanische Bevölkerung de facto steuern können (Wolfsfeld 1997: 169-197). Ganz anders gelagert war die Auseinandersetzung zwischen israelischer Regierung und Palästinensern während der Intifada. Hier konnten die israelischen Medien vor Ort ihre Informationen und Bilder sammeln. Der Verlust der Kontrolle über den Informationszugang hat die israelische Regierung geschwächt und die Medien (und über diese auch die PLO) gestärkt (Wolfsfeld 1997: 124-141).

(c) Schließlich gehört zu den der jeweiligen Konfliktsituation zuzuschreibenden Faktoren auch die Frage, ob *eigene Soldaten an der Auseinandersetzung beteiligt* sind. Dass deutsche und französische Medien kritischer über den Irakkrieg 2003 berichtet haben als die *New York Times*, heißt nicht, dass es hier zwingend viel besser um die Pressefreiheit bestellt ist. Wenn die eigenen Soldaten involviert sind, wird es den Medien schwer gemacht, die Intervention der eigenen Regierung zu kritisieren, weil sich die oben genannten Rally-around-the-Flag-Dynamiken ergeben können.

Politische Faktoren.

(a) Wenn das *Meinungsspektrum des politischen Establishments* sehr eng ist, wenn sich also zum Beispiel Regierung und wesentliche Teile der Opposition über die angemessene Deutung und Bewertung eines Konflikts einig sind, dann wird es auch für die Medien schwer sein, alternative Deutungsmuster hervorzubringen. Dies ist zumindest für die USA empirisch hinreichend belegt (wie oben gezeigt, vgl. Entman 2004).

(b) Das Meinungsspektrum innerhalb der Regierung selbst ist ebenfalls ein wichtiger Faktor. Einigkeit äußert sich hier auch im *Vorhandensein einer eindeutigen Linie der Regierung* zur Lösung eines Konfliktes, wie das „Policy-Media-Interaction“-Modell von Robinson (2001) herausarbeitet. Wenn die Regierung kohärent eine klare Linie vertritt, dann werden die Medien eher dieser Interpretation folgen, als wenn es schon innerhalb des Regierungslagers offensichtliche Differenzen gibt. „Policy uncertainty“ wird allgemein als eine der Ursachen für das Auftreten des CNN-Effekts in den 90er Jahren gesehen (Robinson 2001: 533): Auch für die Regierenden war mit dem Ende des Kalten Kriegs die Zeit der außenpolitischen Gewissheiten vorbei.

Medien-Faktoren. Von der Forschung zur Konfliktkommunikation werden Medien-Faktoren erstaunlicherweise bisher eher vernachlässigt. Sowohl die Eigenschaften eines einzelnen Mediums als auch die Merkmale des Mediensystems und der dazugehörigen Journalismuskultur insgesamt determinieren aber den Grad an Autonomie, den Medien im Krieg verteidigen können. Der bisher nicht umfassend untersuchte Verdacht liegt nahe, dass die Abhängigkeit der amerikanischen Medien von der PR ihrer Regierung im „Krieg gegen den Terror“ eben auch ein Ergebnis des dortigen Mediensystems ist.

(a) Eine Reihe von *Eigenschaften des Mediensystems* stärkt oder schwächt die Autonomie der Medien. Wie die Analyse oben gezeigt hat, ist eine starke Kommerzialisierung des Mediensystems ein Faktor, der die Medien schwächen kann. Sie sind stark von Werbekunden und Einschaltquoten abhängig und agieren deshalb relativ opportunistisch. Medien, die nicht nach der Logik von Investmentfonds arbeiten, können vorübergehende Divergenzen zwischen einer kriegsbegeisterten Publikumsmeinung (im Rahmen von Rally-Phänomenen) und kritischem Journalismus besser überdauern. Die größere

Unabhängigkeit von ökonomischen Interessen wird freilich zuweilen durch eine größere Abhängigkeit staatlich finanzierter Medien von den Regierenden erkaufte. Profitorientierte Medien werden eher zum Diener des Populismus. Öffentlich finanzierte Medien geraten eher unter politischen Einfluss. Darüberhinaus wird sich ein Mediensystem mit höherer Vielfalt schwerer kontrollieren lassen als eines mit ganz wenigen Qualitäts- und Leitmedien. Ein gut mit Kapital- und Humanressourcen ausgestattetes Mediensystem wird sich investigativen und fundiert kritischen Journalismus eher leisten können, als eines, das kaum gute Rechercheure, dafür aber Content-Manager und Verwalter von PR-Informationen beschäftigt.

(b) Ein weiterer Einflussfaktor auf die öffentliche (De-)Legitimation von Gewaltanwendung ist die Frage, ob es Medien gibt, die von beiden Konfliktparteien genutzt werden. Gemeinsame Medien können im Idealfall eine Vermittlerfunktion übernehmen. In jedem Fall tendieren sie zu einer moderateren Darstellung des Konflikts und wirken so mäßigend auf die öffentliche Meinung ein. Wolfsfeld (2004) zeigt, wie die israelischen Medien im Nahen Osten mit ihrer Berichterstattung über die Friedensverhandlungen mit Jordanien und den Friedensprozess von Oslo das Konfliktgeschehen eher anheizen. Sie zeigten nur eine Seite des Konflikts. Beim Friedensprozess in Nordirland dagegen waren unter den Lesern der führenden Zeitungen sowohl Protestanten als auch Katholiken. Dies brachte eine zurückhaltendere und stärker moderierende Rolle der Journalisten mit sich sowie das Bewusstsein: „Sensationalism can cost lives“ (Wolfsfeld 2004: 231).

(c) Häufig unter das Mediensystem subsumiert, aber auf jeden Fall mit ihm assoziiert sind unterschiedliche *Journalismuskulturen*, die eine entscheidende Rolle spielen für das Verhältnis zwischen Journalisten und Politikern. Journalismuskultur, verstanden als die Praktiken und Normen der Berufsausübung von Journalisten, ist in mindestens zweierlei Hinsicht wichtig: Die Orientierung an Qualitätsjournalismus, der eine ausgewogene Berichterstattung favorisiert, begünstigt eine unabhängige Rolle der Medien. Wenn sich diese bloß an der Quote orientieren, dann lassen sie sich auch stärker instrumentalisieren – gleichermaßen von Regierungen wie von Terroristen, die wissen, wie sie durch spektakuläre Gewalttaten für die Medien attraktiv werden. Wolfsfeld (2004) führt die konstruktivere Rolle von Journalisten im Nordirland-Konflikt auch auf eine stärkere Orientierung an Qualität zurück. Für Israel konstatiert er hingegen eine insgesamt stärker auf Sensationalismus setzende Presse. Zur Journalismuskultur gehört auch das Selbstbild der Journalisten als Kritiker des Establishments oder aber als neutraler Vermittler. Die angelsächsische Journalismuskultur orientiert sich traditionell mehr am Leitbild neutraler Vermittlung, während die Wurzeln des deutschen Journalismus unter anderem in der Parteienpresse liegen und darum auch den kritischen und auch parteilichen Journalisten geboren haben (Donsbach/Patterson 2004). Zwar konvergiert der Journalismus global gesehen langfristig in Richtung des angelsächsischen Modells (Hallin/Mancini 2004) und die neutrale Informationsvermittlung wird mehr und mehr zum dominanten Muster. Nach wie vor sieht aber jeder zweite deutsche Journalist Kritik als zentralen Teil seiner Tätigkeit (Weischenberg et al. 2006: 356). Im Kriegs- oder Konfliktfall werden die „neutralen“ Berichtersteller möglicherweise unkommentiert die Kriegspropaganda weitergeben, während „kritische“ Journalisten eine eigene Position entwickeln, die natürlich auch auf eine Unterstützung hinauslaufen kann. Die Kriegs-

berichterstattung hat sich als eigenes Genre des Journalismus mittlerweile weit entwickelt, dennoch weisen befragte Journalisten die Bezeichnung „war correspondent“ weit von sich (Tumber/Webster 2006: 167). In dem Moment, in dem sie sich tatsächlich im Gegensatz dazu als „peace correspondents“ oder „peace journalists“ (Galtung 2000) definieren würden und sich dieses Konzept auch in ihrem Handeln widerspiegeln würde, könnte man von den Medien auch eine größere Unabhängigkeit erwarten, als es bisher in Kriegszeiten der Fall ist.

Kulturelle Faktoren. Schwerer messbar, aber trotzdem von entscheidender Bedeutung sind kulturelle Faktoren, die in Konflikten einmal die Position der Medien stärken und sie ein anderes Mal schwächen.

(a) Dies hängt entscheidend davon ab, ob das Framing des Konflikts, das eine Regierung vorgibt, mit *kulturellen Prädispositionen der jeweiligen Gesellschaft* zusammenpasst. Die im Vergleich zu den meisten europäischen Ländern stärker religiös geprägte amerikanische Gesellschaft war empfänglich für den von Präsident Bush proklamierten Kampf gegen das Böse. Auch die vorgebliche Mission, die Demokratie in der Welt zu verbreiten, passte in die Selbstbeschreibung der amerikanischen Gesellschaft. Entman (2003; 2004) betont die Bedeutung eines angepassten Framings in seinem Modell von „cascading activation“. Die Frames der Regierenden fließen über die politischen und gesellschaftlichen Eliten und über die Medien kaskadenähnlich bis zu den Bürgern, – wenn „cultural congruence“ (Entman 2003: 421) gegeben ist. Andernfalls kann der Framing-Wettkampf auch anders ausgehen. Medienmacht entwickelt sich über die erfolgreiche Konstruktion einer von der Regierungslinie unterscheidbaren, alternativen Deutung, die gleichwohl mit der jeweiligen politischen Kultur zusammenpassen muss: „To reach frame parity, the news must offer a counterframe that puts together a complete alternative narrative, a tale of problem, cause, remedy, and moral judgement possessing as much magnitude and resonance as the administration’s [frame]“ (Entman 2003: 418).

(b) Auch die *politische Kommunikationskultur* eines Landes insgesamt, also die Normen und Praktiken, die die Interaktion zwischen Journalisten und politischen Sprechern regeln, prägen die Konfliktkommunikation. Pfetsch (2003) unterscheidet vier Grundtypen politischer Kommunikationskultur, je nach dem, ob in der Interaktion die politische Logik oder die Medienlogik dominiert und ob das Verhältnis zwischen politischen Sprechern und Journalisten durch Nähe oder Distanz gekennzeichnet ist. Die politische Kommunikationskultur der USA etwa ist nach der Analyse von Pfetsch dadurch bestimmt, dass die politischen Akteure sich bei relativ großer Distanz zu den Medien gleichwohl der Medienlogik anpassen. Dies und die präsidentielle Verfassung des US-amerikanischen Regierungssystems führen zu einer Strategie des „going public“, bei der die Regierung fortwährend versucht, das Publikum durch Ansprache über die Medien für sich zu gewinnen (Pfetsch 2003: 104). In Deutschland hat die Medienlogik Ende der 1990er Jahre die politischen Aushandlungsprozesse generell weniger stark beeinflusst als die Parteienlogik, und das bei gleichzeitig größerer Nähe zwischen Journalisten und politischen Sprechern – eine Konstellation, die Autonomieverluste der Me-

dien impliziert.¹ Der Zusammenhang zwischen allgemeinen Typen politischer Kommunikationskultur und dem Machtverhältnis zwischen Medien und Politik in speziellen Phasen internationalen Konflikts ist nicht erforscht. Dennoch erscheint es plausibel, dass eine Dominanz der politischen Logik bei gleichzeitiger Nähe zwischen Journalisten und politischen Sprechern die Eigenständigkeit der Medien auch in Krisenzeiten strukturell schwächt. Demgegenüber können Medien bei größerer Distanz und einer stärkeren Angewiesenheit der politischen Akteure auf die Medien vermutlich mehr Eigenständigkeit wahren – jedenfalls dann wenn dieser Spielraum nicht durch Rally-Effekte, kulturellen Gleichklang und Kommerzialisierungseffekte aufgefressen wird.

Die Frage, welche Bedingungen die Unabhängigkeit und damit den Einfluss der Medien stärken, lässt sich zusammenfassend folgendermaßen beantworten: Medien werden in Kriegs- und Konfliktsituationen dann eher ihre Unabhängigkeit wahren können, wenn die folgenden Bedingungen erfüllt sind: Die politische Elite im Land ist sich über die Positionierung im Konflikt uneinig. Der Konflikt ist nicht unter Kontrolle einer einzigen Partei und die Kriegsherren können auch den Zugang zu Informationen und Bildern nicht völlig kontrollieren. Der eigene kulturelle Hintergrund des jeweiligen Mediums lässt mehrere Deutungen des Konflikts zu. Es gibt ein plurales, nicht nur an Profit ausgerichtetes, aber auch nicht staatlich dominiertes und hinreichend mit Ressourcen ausgestattetes Mediensystem. Es gibt eine gut ausgeprägte Kultur eines an Qualität orientierten und kritischen Journalismus. Die Nähe zwischen Journalisten und politischen Sprechern ist nicht zu groß und deren Interaktion wird nicht einseitig von der politischen Logik dominiert.

Diese Liste von Bedingungsfaktoren wird zwar von einer Reihe von Einzelbefunden untermauert, wie hier gezeigt werden konnte. Insbesondere die Kultur- und Medienfaktoren bedürfen aber einer genaueren Untersuchung, als dies bisher der Fall war. Und auch die relative Bedeutung und Erklärungskraft der verschiedenen Faktorenbündel ist weitgehend ungeklärt und bietet Gelegenheit für komplexere komparative Forschungsdesigns.

3. Transnationale Konfliktkommunikation: Neue Fragen, neue Ansätze?

Die bisher dargestellten Theorien und Befunde zur Rolle der Medien in internationalen Konflikten beziehen sich weitgehend auf die Berichterstattung und öffentliche Debatte über solche Konflikte in den nationalen Medien westlicher Länder. Insofern dabei mehrere westliche Länder zugleich betrachtet werden – und selbst das ist immer noch rar – ergibt sich eine komparative Perspektive, die mögliche Besonderheiten einzelner nationaler Öffentlichkeiten kontrollieren hilft. Aus mehreren Gründen wird ein solches vergleichendes und auf die westliche Welt begrenztes Herangehen der Komplexität aktueller internationaler Konfliktkommunikation allerdings nicht mehr gerecht. Verschiedene Entwicklungstrends greifen hier ineinander.

¹ Pfetsch/Maurer (2008: 112) weisen allerdings darauf hin, dass Deutschland auf dem Weg zu einer politischen Kommunikationskultur sei, die eine geringe Distanz zwischen politischen Sprechern und Journalisten mit einer deutlicheren Dominanz der Medienlogik vereint.

Internationale Konfliktberichterstattung findet seit der Entstehung *transnationaler Nachrichtenkanäle* nicht mehr ausschließlich in nationalen Medien statt. Mit der Gründung von CNN International im Jahre 1985 ist insofern tatsächlich eine neue Ära angebrochen. Transnationale Nachrichtenkanäle zeichnen sich dadurch aus, dass sie von einer zwar relativ kleinen, dafür aber vergleichsweise statushohen und einflussreichen Schicht von Zuschauern aus vielen verschiedenen Ländern genutzt werden. Sie schaffen daher in begrenztem Maße tatsächlich ein transnationales (englischsprachiges) Publikum für politische und wirtschaftliche Nachrichten. Obwohl systematische Reichweitenuntersuchungen im globalen Maßstab nicht existieren, wird der Zuschauermarkt für transnationale Nachrichtenprogramme ganz offenbar von CNN International und BBC World dominiert. Auch andere westliche Länder strahlen jedoch internationale TV-Nachrichtenprogramme (zumindest teilweise) in Englisch aus, so etwa Frankreich (France 24) und Deutschland (Deutsche Welle-TV). All diese Programme richten sich heute an ein internationales Publikum und nicht mehr allein an emigrierte Landsleute in anderen Teilen der Welt. Transnationale Nachrichtenprogramme können daher nicht mehr allein in ihrer Bedeutung für die Politik im jeweiligen Heimatland betrachtet werden, sondern konstituieren ein genuin grenzüberschreitendes, transnationales Kommunikationsphänomen. Der Inhalt und das Publikum dieser Programme ist wenig erforscht, von möglichen Wirkungen ganz zu schweigen. Und dies obwohl transnationale Nachrichtenprogramme in internationalen Konflikten Teilpublika von beiden Seiten des Konflikts vereinen – bis zu einem gewissen Grad also ein funktionales Äquivalent für die von Wolfsfeld (2004) in Nordirland gefundenen gemeinsamen Medien der Konfliktparteien darstellen. Die damit potenziell verbundene „moderierende“ Funktion transnationaler Medienangebote ist bisher nicht untersucht.

Noch entscheidender als die zunehmende Verbreitung westlicher Nachrichtensender ist freilich die Entstehung *transnationaler Nachrichtenkanäle in anderen Teilen der Welt*, allen voran die Gründung des in Qatar beheimateten Senders Al-Jazeera im Jahre 1996 (vgl. Hahn 2005; Miles 2005; Zayani 2005; Sakr 2007; Tatham 2006; El-Nawawy/Iskandar 2002; Hafez 2005; Rugh 2004). Auch hier sind zwei Phasen der Entwicklung zu unterscheiden: die Phase des arabischsprachigen Programms, das sich an Araber im Nahen Osten und weltweit richtete und richtet, und die Phase seit 2006, in der parallel ein weiteres englischsprachiges Programm (Al-Jazeera English) ausgestrahlt wird, das sich ähnlich wie die anderen internationalen Nachrichtenprogramme an ein internationales Publikum richtet und einen thematischen Schwerpunkt im Nahen Osten aufweist. Im arabischsprachigen Markt hat Al-Jazeera inzwischen Konkurrenz bekommen durch Al-Arabiya und Abu-Dhabi-TV sowie weitere Sender (Hahn 2005; Feuilherade 2003). Im englischsprachigen Markt kommen weitere Nachrichtenprogramme, zum Beispiel aus China (CCTV 9) und Russland (Russia Today) hinzu. Die arabischen Kanäle, insbesondere natürlich Al-Jazeera werden zudem als Nachrichtenquelle auch in den (internationalen und nationalen) westlichen Programmen genutzt.

Die Entstehung und Verwendung nichtwestlicher Nachrichtenkanäle wirft nun endgültig auch neue theoretische und normative Fragen auf, die den grundlegenden Charakter internationaler Konfliktkommunikation betreffen: Befinden wir uns nach einer Phase westlicher Dominanz im internationalen Nachrichtengeschehen jetzt in einem pluralisierten Umfeld, das die Stimmen aus den Konfliktregionen selbst stärker zur Geltung bringt? Welchen Einfluss hat der durch die neuen Kanäle geschaffene

„contra-flow“ auf das Bild internationaler Konflikte weltweit und besonders im Westen? Gibt es gar Chancen für eine bessere Verständigung zwischen dem Westen und anderen Weltregionen, wie manche vermutet haben (vgl. El-Nawawy/Gher 2003, Casara/Lengel 2004)?

Wessler und Adolphsen (2008) gehen einen ersten empirischen Schritt in Richtung auf die Beantwortung dieser Frage. Mit ihrer Analyse der Verwendung und des Framings arabischen Fernsehmaterials in der Irakkriegsberichterstattung der westlichen internationalen Nachrichtenkanäle (CNN International, BBC World und Deutsche Welle-TV) im März 2003 zeigen sie, dass die Funktion dieser Übernahmen im Wesentlichen darin besteht, auf die Existenz einer alternativen Sicht des Kriegs hinzuweisen. Diese alternative Sicht hatte jedoch keinen inhaltlichen Einfluss auf die Perspektive der Berichterstattung in den westlichen Sendern, die thematisch stark auf die westliche Militärstrategie und das aktuelle Kriegsgeschehen ausgerichtet war. In diesem Zusammenhang ist auch der Befund von Aday et al. (2005) interessant, dass sich die Irakkriegsberichterstattung von Al-Jazeera von derjenigen der (einheimischen) US-amerikanischen Programme in der Themenwahl deutlich unterschied, nicht jedoch im Ausmaß der Ausgewogenheit auf der Ebene einzelner Beiträge („balanced reporting“). In puncto Ausgewogenheit wich nicht Al-Jazeera, sondern Fox News von den amerikanischen Mainstream-Sendern ab – unter anderem, wie bereits erwähnt, durch die hohe Identifikation mit „unseren Truppen im Feld“. Die Rolle der internationalen Nachrichtenkanäle, insbesondere der relativ jungen nicht-westlichen Sender, in der internationalen Konfliktberichterstattung stellt insgesamt ein Desiderat der empirischen Forschung dar. Bisher existieren hier viele, oft politisch motivierte, Eindrücke, Vermutungen und Mythen, aber nur wenig gesicherte Erkenntnisse über deren Einfluss auf die Kriegsberichterstattung.

Ein weiterer Faktor verändert die internationale Konfliktkommunikation seit einigen Jahren: Die *Quellen* für internationale Nachrichten haben sich in den vergangenen Jahren deutlich pluralisiert. Das gilt auch und gerade für den audiovisuellen Bereich: Neben den beiden führenden internationalen Bewegtbild-Nachrichtenagenturen APTN und Reuters TV sowie den oben genannten internationalen TV-Nachrichtenprogrammen gibt es heute eine Vielzahl lokaler Quellen von unterschiedlicher Relevanz (vgl. Hamilton/Jenner 2004). Dazu zählen zum einen die nationalen Medien aller möglichen Länder, die heute zumeist auch im Internet zugänglich sind und – entsprechende Sprachkenntnisse vorausgesetzt – von Journalisten überall auf der Welt als Informationsquelle oder auch zur Einschätzung des Meinungsklimas im jeweiligen Erscheinungsland genutzt werden können. Internetdienste wie Google News erleichtern den Überblick durch eine Zusammenstellung solcher nationalen Medienquellen. Zum anderen zählen zum erweiterten Quellenspektrum auch „Amateurjournalisten“, die durch Blogs oder regelmäßig aktualisierte Webseiten bisweilen Informationen und Perspektiven aus Krisengebieten bereit stellen, die für westliche Journalisten schwer erhältlich sind (deshalb allerdings auch schwer verifiziert werden können).

Die letztgenannten Quellen sind freilich nicht nur als Informationsinput für die klassischen Massenmedien von Bedeutung, sondern auch als direkte Nachrichtenquellen und Verständigungsplattformen für spezialisierte Publika mit Interesse an bestimmten Krisenregionen oder an Streitfragen der internationalen Politik. Insofern hat sich durch das Internet potenziell auch für den Endnutzer das Spektrum möglicher Quellen

und Betätigungsformen im Zusammenhang mit internationalen Konflikten verstärkt. Freilich sind die nationalen Massenmedien, insbesondere das nationale Fernsehen weiterhin die dominanten Nachrichtenquellen für den größten Teil der Bevölkerung, so dass der Einfluss solch alternativer Quellen auf Bevölkerungsmeinungen oder gar die internationale Politik bislang gering ist. Es ist aber nicht auszuschließen, dass sie im Einzelfall und über den „Umweg“ einer aufgreifenden Berichterstattung in den nationalen und transnationalen Massenmedien zum öffentlichen Bild internationaler Konflikte beitragen werden.

Die hier angedeutete neue Unübersichtlichkeit der internationalen Konfliktkommunikation ist in der kommunikationswissenschaftlichen wie der politikwissenschaftlichen Forschung bisher nur unzureichend aufgegriffen und durchdrungen worden. In diesem Feld finden sich impressionistische und spekulative Abhandlungen, aber wenig theoriegeleitete und empirisch belastbare Analysen. Dies ist zu einem kleineren Teil der Neuheit der beschriebenen Phänomene zuzuschreiben, zum größeren Teil aber der generellen Theoriearmut im Forschungsfeld der internationalen Kommunikation. Ein Spektrum theoretischer Ansätze, das der im ersten Teil des Beitrags dargestellten Forschung zur innerstaatlichen Rolle der Medien in Kriegs- und Konfliktsituationen gleichkäme, gibt es in Bezug auf die neuen Phänomene der transnationalen Kommunikation noch nicht.

Daher ist auch noch weitgehend unklar, wie diese neuen Phänomene die oben ausführlich diskutierte Autonomie der klassischen Massenmedien sowie das Kräfteverhältnis zwischen Regierungen, Medien und Publikum beeinflussen werden. Da keiner der neuen Trends auf eine Stärkung der nationalen Regierungen im Westen hinweist, kann man spekulieren, dass der Einfluss dieser Regierungen auf das Bild von Kriegen und internationalen Konflikten im Zuge der Transnationalisierung und Pluralisierung von Information und Medien eher abnimmt. Sofern sich diese Entwicklung fortsetzt, werden Kriege eines Tages vielleicht weniger leicht mit fadenscheinigen oder sachlich falschen Begründungen zu führen sein.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist allerdings eine neue Konstellation der transnationalisierten Konfliktkommunikation, die das prekäre Gleichgewicht der Kräfte zwischen Politik und Medien im nationalen Rahmen ablösen würde, allenfalls in ersten Ansätzen zu erkennen. Dazu sind die neuen Trends bisher zu sehr auf kleine Teilpublika beschränkt und thematisch oder zeitlich zu sehr begrenzt. Eine *globale Öffentlichkeit*, in der internationale Konflikte und deren mögliche Entschärfung oder Lösung grenzüberschreitend und dauerhaft diskutiert werden könnten – etwa so wie in nationalen Öffentlichkeiten dauerhaft innenpolitische Fragen öffentlich debattiert werden –, existiert bisher nur in Nischen und auf Zeit. Die Entstehung transnationaler Öffentlichkeiten ist ohnehin ein träger Prozess (siehe Wessler et al. 2008). Sie ist auf ein synergetisches Zusammenwirken von a) ausreichendem Publikumsinteresse, b) verstärkten transnationalen Kommunikationsbemühungen der politischen Akteure (siehe Brüggemann 2008 für die EU) und c) entsprechenden grenzüberschreitenden Medienangeboten angewiesen. Trotz CNN und Al-Jazeera, trotz dw-world.de und Google News steckt eine „Weltbinnenöffentlichkeit“ in diesem Sinne noch in den Kinderschuhen. Aber unübersehbar ist in den letzten Jahren etwas in Bewegung geraten in der internationalen Konfliktkommunikation. Auch deshalb stimmen wir Gilboa zu, wenn er schreibt: „[T]here is a clear need to adopt a research agenda for studying the effects of global communi-

cations, not only those of CNN“ (Gilboa 2005: 38). Theorieentwicklung sollte dabei Priorität genießen.

Literatur

- Aday, Sean/Livingston, Steven/Hebert, Maeve*, 2005: Embedding the Truth: A Cross-cultural Analysis of Objectivity and Television Coverage of the Iraq War, in: *The Harvard International Journal of Press/Politics* 10 (1), 3-21.
- Allan, Stuart/Zelizer, Barbie*, 2004: Rules of Engagement: Journalism and War, in: *Allan, Stuart/Zelizer, Barbie* (Hrsg.), *Reporting War. Journalism in Wartime*. London/New York, 3-22.
- Althaus, Scott L.*, 2003: When News Norms Collide, Follow the Lead: New Evidence for Press Independence, in: *Political Communication* 20 (4), 381-384.
- Bennett, W. Lance*, 1990: Toward a Theory of Press-State Relations in the United States, in: *Journal of Communication* 40, 103-125.
- Bennett, W. Lance/Lawrence, Regina G./Livingston, Steven*, 2006: None Dare Call It Torture: Indexing and the Limits of Press Independence in the Abu Ghraib Scandal, in: *Journal of Communication* 56 (3), 467-485.
- Bennett, W. Lance/Livingston, Steven*, 2003: A Semi-Independent Press: Government Control and Journalistic Autonomy in the Political Construction of News, in: *Political Communication* 20 (4), 259-263.
- Bennett, W. Lance/Manheim, Jarol B.*, 1993: Taking the Public by Storm: Information, Cuing, and the Democratic Process in the Gulf Conflict, in: *Political Communication* 10 (4), 331-351.
- Brown, Robin*, 2003: Spinning the War: Political Communications, Information Operations and Public Diplomacy in the War on Terrorism, in: *Thussu, Daya Kishan/Freedman, Des* (Hrsg.), *War and the Media. Reporting Conflict 24/7*. London, 87-100.
- Brüggemann, Michael*, 2008: Europäische Öffentlichkeit durch Öffentlichkeitsarbeit? Die Informationspolitik der EU-Kommission. Wiesbaden.
- Cassara, Catherine/Lengel, Laura*, 2004: Move over CNN: Al Jazeera's View of the World Takes on the West, in: http://www.tbsjournal.com/Archives/Spring04/cassara_lengel.htm; 16.02.2006.
- Chomsky, Noam/Herman, Edward*, 1988: *Manufacturing Consent*. New York.
- Cohen, Bernard C.*, 1994: A View from the Academy, in: *Bennett, W. Lance/Paletz, David L.* (Hrsg.), *Taken by Storm. The Media, Public Opinion, and U.S. Foreign Policy in the Gulf War*. Chicago, IL/London, 8-11.
- Dominikowski, Thomas*, 2004: Massenmedien und Massenkrieg. Historische Annäherungen an eine unfriedliche Symbiose, in: *Löffelholz, Martin* (Hrsg.), *Krieg als Medienereignis II. Krisenkommunikation im 21. Jahrhundert*. Wiesbaden, 59-80.
- Donsbach, Wolfgang/Patterson, Thomas E.*, 2004: Political News Journalists: Partisanship, Professionalism, and Political Roles in Five Countries, in: *Esser, Frank/Pfetsch, Barbara* (Hrsg.), *Comparing Political Communication – Theories, Cases, and Challenges*. Cambridge, 251-271.
- Edelman, Murray*, 1964: *The Symbolic Uses of Politics*. Urbana.
- Eilders, Christiane/Hagen, Lutz M.*, 2005: Kriegsberichterstattung als Thema kommunikationswissenschaftlicher Forschung. Ein Überblick zum Forschungsstand und den Beiträgen in diesem Themenheft, in: *Medien & Kommunikationswissenschaft. Themenheft „Medialisierte Kriege und Kriegsberichterstattung“* 53 (2-3), 205-221.
- El-Nawawy, Mohammed/Gher, Leo A.*, 2003: Al Jazeera: Bridging the East-West Gap through Public Discourse and Media Diplomacy, in: *TBS Transnational Broadcasting Studies* 10. URL: <http://www.tbsjournal.com/Archives/Spring03/nawawy.html> (28.07.2008).
- El-Nawawy, Mohammed/Iskandar, Adel*, 2002: *Al-Jazeera. How the Free Arab News Network Scooped the World and Changed the Middle East*. Cambridge.
- Entman, Robert M.*, 2003: Cascading Activation: Contesting the White House's Frame after 9/11, in: *Political Communication* 20 (4), 415-432.
- Entman, Robert M.*, 2004: *Projections of Power. Framing News, Public Opinion and U.S. Foreign Policy*. Chicago/London.

- Esser, Frank/Schwabe, Christine/Wilke, Jürgen*, 2005: Metaberichterstattung im Krieg. Wie Tageszeitungen die Rolle der Nachrichtenmedien und der Militär-PR in den Irakkonflikten 1991 und 2003 framen, in: *Medien & Kommunikationswissenschaft* 53 (2-3), 314-332.
- Feuilherade, Peter*, 25.11.2003: Profile: Al-Arabiya TV. BBC NEWS, in: http://news.bbc.co.uk/1/hi/world/middle_east/3236654.stm; 16.02.2006.
- Freedman, Lawrence*, 2000: Victims and Victors: Reflections on the Kosovo War, in: *Review of International Studies* 26 (3), 335-358.
- Galtung, Johan*, 2000: The Task of Peace Journalism, in: *Ethical Perspectives* 7 (2-3), 162-167.
- Gibbs, David*, 2000: Realpolitik and Humanitarian Intervention: The Case of Somalia, in: *International Politics* 37 (1), 41-55.
- Gilboa, Eytan*, 2005: The CNN Effect: The Search for a Communication Theory of International Relations, in: *Political Communication* 22 (1), 27-44.
- Hafez, Kai*, 2005: Arab Satellite Broadcasting: Democracy without Political Parties?, in: *TBS Transnational Broadcasting Studies* 15. URL: <http://www.tbsjournal.com/Archives/Fall05/hafez.htm> (28.07.2008).
- Hahn, Oliver*, 2005: Arabisches Satelliten-Nachrichtenfernsehen: Entwicklungsgeschichte, Strukturen und Folgen für die Konfliktberichterstattung aus dem Nahen und Mittleren Osten, in: *Medien & Kommunikationswissenschaft* 53 (2-3), 241-260.
- Hallin, Daniel C.*, 1986: *The Uncensored War. The Media and Vietnam*. Berkeley.
- Hallin, Daniel C. and Paolo Mancini*, 2004: *Comparing Media Systems. Three Models of Media and Politics*. Cambridge.
- Hamilton, John M./Jenner, Eric*, 2004: Redefining Foreign Correspondence, in: *Journalism* 5 (3), 301-321
- Imhof, Kurt/Blum, Roger/Bonfadelli, Heinz/Jarren, Otfried* (Hrsg.), 2004: *Mediengesellschaft. Strukturen, Merkmale, Entwicklungsdynamiken*. Wiesbaden.
- Jarren, Otfried*, 1998: Politik und Medien im Wandel: Autonomie, Interdependenz oder Symbiose? Anmerkungen zur Theoriedebatte in der politischen Kommunikation, in: *Publizistik* 33 (4), 619-632.
- Kamps, Klaus*, 2007: *Politisches Kommunikationsmanagement. Grundlagen und Professionalisierung moderner Politikvermittlung*. Wiesbaden.
- Keppinger, Hans Mathias*, 2000: *Die Demontage der Politik in der Informationsgesellschaft*. 2. Auflage. Freiburg/München.
- Livingston, Steven*, 1997: Beyond the „CNN Effect“: The Media-Foreign Policy Dynamic, in: *Norris, Pippa* (Hrsg.), *Politics and the Press: The News Media and their Influences*. Boulder, CO, 291-318.
- Livingston, Steven/Eachus, Todd*, 1995: Humanitarian Crises and U.S. Foreign Policy: Somalia and the CNN Effect Reconsidered, in: *Political Communication* 12 (4), 413-429.
- Livingston, Steven/Eachus, Todd*, 1999: Rwanda: U.S. Policy and Television Coverage, in: *Adelam, Howard/Subrke, Astre* (Hrsg.), *The Path of a Genocide: The Rwanda Crisis from Uganda to Zaire*. New Brunswick, NJ, 209-228.
- Löffelholz, Martin* (Hrsg.), 2004: *Krieg als Medienereignis II. Krisenkommunikation im 21. Jahrhundert*. Wiesbaden.
- Maurer, Torsten/Vogelgesang, Jens/Weiß, Moritz/Weiß, Hans-Jürgen*, 2007: Aktive Vermittler oder passive Berichterstatter? Über die Rolle deutscher Medien während des Kosovo-, Afghanistan- und Irakkrieges, in: *Pfetsch, Barbara/Adam, Silke* (Hrsg.), *Massenmedien als politische Akteure*. Wiesbaden, 144-170.
- McPhail, Thomas L.*, 2006: *Global Communication*. Malden, MA/Oxford/Carlton.
- Mermin, Jonathan*, 1999: *Debating War and Peace: Media Coverage of U.S. Intervention in the Post-Vietnam Era*. Princeton, NJ.
- Meyer, Thomas*, 2001: *Mediokratie. Die Kolonisierung der Politik durch die Medien*. Frankfurt a. M.
- Miles, Hugh*, 2005: *Al-Jazeera: The Inside Story of the Arab News Channel that is Challenging the West*. New York.
- Mueller, John*, 1973: *War, Presidents and Public Opinion*. New York.

- Neuman, W. Russel*, 1996: Political Communications Infrastructure, in: *Annals of the American Academy of Political and Social Science* 546, 9-21.
- Pfetsch, Barbara*, 2003: Politische Kommunikationskultur. Politische Sprecher und Journalisten in der Bundesrepublik und den USA im Vergleich. Wiesbaden.
- Pfetsch, Barbara/Maurer, Peter*, 2008: Mediensysteme und politische Kommunikationsmilieus im internationalen Vergleich: Theoretische Überlegungen zur Untersuchung ihres Zusammenhangs, in: *Melischek, Gabriele/Seethaler, Josef/Wilke, Jürgen* (Hrsg.), *Medien & Kommunikationsforschung im Vergleich. Grundlagen, Gegenstandsbereiche, Verfahrensweisen*. Wiesbaden, 99-119.
- Pfetsch, Barbara/Adam, Silke* (Hrsg.), 2007: *Medien als politische Akteure*. Wiesbaden.
- Pohr, Adrian*, 2005: Indexing im Einsatz. Eine Inhaltsanalyse der Kommentare überregionaler Tageszeitungen in Deutschland zum Afghanistankrieg 2001, in: *Medien & Kommunikationswissenschaft* 53 (2-3), 261-276.
- Robinson, Piers*, 2000: Research Note: The News Media and Intervention: Triggering the Use of Air Power During Humanitarian Crises, in: *European Journal of Communication* 15 (3), 405-414.
- Robinson, Piers*, 2001: Theorizing the Influence of Media on World Politics. Models of Media Influence on Foreign Policy, in: *European Journal of Communication* 16 (4), 523-544.
- Robinson, Piers*, 2002: *The CNN Effect. The Myth of News, Foreign Policy and Intervention*. London/New York.
- Rugh, William A.*, 2004: *Arab Mass Media: Newspapers, Radio, and Television in Arab Politics*. Westport, CN.
- Sakr, Naomi*, 2007: Challenger or Lackey? The Politics of News on Al-Jazeera, in: *Thussu, Daya Kishan* (Hrsg.), *Media on the Move: Global Flow and Contra-flow*. New York, 116-132.
- Sarcinelli, Ulrich*, 2003: Demokratie unter Kommunikationsstress?, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 43, 39-47.
- Saxer, Ulrich*, 1998: Mediengesellschaft: Verständnisse und Missverständnisse, in: *Sarcinelli, Ulrich* (Hrsg.), *Politikvermittlung und Demokratie in der Mediengesellschaft. Beiträge zur politischen Kommunikationskultur*. Bonn, 52-73.
- Schrader, Gunther*, 2002: Zensur und Desinformation in Kriegen, in: *Albrecht, Ulrich* (Hrsg.), *Medien zwischen Krieg und Frieden*. Baden-Baden, 45-54.
- Schulz, Winfried*, 2008: *Politische Kommunikation. Theoretische Ansätze und Ergebnisse empirischer Forschung*. 2. Auflage. Wiesbaden.
- Shattuck, John*, 1996: Human Rights and Humanitarian Crises: Policymaking and the Media, in: *Rotberg, Robert/Weiss, Thomas* (Hrsg.), *From Massacres to Genocide: The Media, Public Policy, and Humanitarian Crises*. Cambridge, MA, 169-175.
- Szukala, Andrea*, 2003: Medien und öffentliche Meinung im Irak-Krieg, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 24-25, 25-34.
- Szukala, Andrea*, 2005: Informationsoperationen und die Fusion militärischer und medialer Instrumente in den USA. Der Versuch einer militärischen Antwort auf die neuen Bedrohungen, in: *Medien & Kommunikationswissenschaft. Themenheft „Medialisierte Kriege und Kriegsberichterstattung“* 53 (2-3), 222-240.
- Tatham, Steve*, 2006: Loosing Arab Hearts and Minds: The Coalition, Al-Jazeera, and Muslim Public Opinion. London.
- Taylor, Philip M.*, 2000: Introduction, in: *European Journal of Communication* 15 (3), 293-297.
- Tumber, Howard/Webster, Frank*, 2006: *Journalists Under Fire*. London.
- Weischenberg, Siegfried/Malik, Maja/Scholl, Armin*, 2006: Journalismus in Deutschland 2005, in: *Media Perspektiven* 7, 346-361.
- Wessler, Hartmut/Adolphsen, Manuel*, 2008: Contra-flow from the Arab World? How Arab Television coverage of the 2003 Iraq War was Used and Framed on Western International News Channels, in: *Media, Culture & Society* 30 (4), 439-461.
- Wessler, Hartmut/Peters, Bernhard/Brüggemann, Michael/Kleinen-v. KönigsLöw, Katharina/Siffert, Stefanie*, 2008: *The Transnationalization of Public Spheres*. Basingstoke.
- Wolfsfeld, Gadi*, 1997: *Media and Political Conflict. News from the Middle East*. Cambridge.

Wolfsfeld, Gadi, 2004: *Media and the Path to Peace*. Cambridge.

Zayani, Mohamed, 2005: Introduction – Al Jazeera and the Vicissitudes of the New Arab Media-
scape, in: *Zayani, Mohamed* (Hrsg.), *The Al Jazeera Phenomenon. Critical Perspectives on
New Arab Media*. Boulder, 1-46.